

Wöchentlich 80 Bl., monatlich 2,50 M.,
im voraus zahlbar. Postzeitung 4,32 M.
einzelständig 60 Pfg. Postzeitung 1,- und
12 Pfg. Postzeitung für den Ausland-
abonnement 2,- M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags
zweimal, Sonntags und Montags
einmal, die Abendausgaben für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Vorwärts“, illustrierte Beilagen „Welt
und Zeit“ und „Kinderland“, „Frauen-
stimme“, „Jugend“, „Blätter in die
Küchenuhr“ und „Jugend-Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einzige politische Tageszeitung
in Berlin. Herausgeber: Vorwärts-Verlag
G. m. b. H., Unter den Eichen 15, Berlin
SW 8. Druck: Druckerei „Vorwärts“,
Unter den Eichen 15, Berlin SW 8.
Vertrieb: Vertriebsstellen in allen
großen Städten Deutschlands.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Telefon: 202-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten
und Beamten, Wallstr. 65, D. S. u. Disc.-Ges. Depositenkasse Lindenstr. 3.

Chautemps am ersten Tage gestürzt!

Mit 15 Stimmen in der Minderheit.

Paris, 25. Februar. (Eigenbericht.)

Das Kabinett Chautemps blieb bei der gegen
10 Uhr abends erfolgten Abstimmung mit 15 Stimmen
in der Minderheit. Für die Regierung stimmten
277 Abgeordnete, dagegen 292.

Rundgebungen bei der Abstimmungsbekanntgabe.

Paris, 25. Februar.

Die Auszählung des Ergebnisses der Abstimmung in der
Kammer hat eine volle Stunde gedauert, während der die
Abgeordneten warteten. Anscheinend hat es Unstimmigkeiten
bei der Nachprüfung des Ergebnisses gegeben. Die Abgeordneten
wurden bereits ungeduldig, da weder der Kammerpräsident
noch der Ministerpräsident erschienen, und begannen ein Pult-
konzert. Endlich erschien Ministerpräsident Chau-
temp und unmittelbar darauf der Kammerpräsident. Die linke
Seite des Hauses brach in diesem Augenblick in eine stürmische
Ovation aus. Nach Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses
verließen die Kabinettsmitglieder den Sitzungssaal, worüber die
Rechtsparteien in lärmenden Beifall ausbrachen, während
sich die gesamte Linke des Hauses erhob und eine Gegen-
kundgebung veranstaltete, bis endlich der Saal sich langsam
leerte.

In der Sackgasse?

Die Mehrheit des Parteitages der französischen Sozial-
listen hat kürzlich entschieden, daß die Partei sich an keiner
Koalitionsregierung in der gegenwärtigen Legis-
laturperiode, die im Frühjahr 1932 ablaufen soll, beteiligen
werde. Nur ein Teil dieser Mehrheit lehnte die Regierungs-
beteiligung aus grundsätzlichen Erwägungen ab; der
größere Teil ließ sich durch die Überzeugung bestimmen, daß
in der gegenwärtigen Kammer keine sichere Links-
mehrheit vorhanden sei. Das gestrige Abstimmungser-
gebnis hat diese Auffassung bestätigt: die erste wirkliche
Linksinformation, die seit den Aprilwahlen von 1928 gebildet
worden ist, hat den ersten parlamentarischen Tag nicht über-
standen und ist, wenn auch durch eine knappe Mehrheit, ge-
stürzt worden.

Bei dieser Gelegenheit muß aber unbedingt daran er-
innert werden, warum keine Linksmehrheit in dieser Kam-
mer möglich ist und warum in Frankreich die nationalsozialistische
Reaktion als Regierungsfaktor unentbehrlich ist: lediglich,
weil bei den Aprilwahlen von 1928 die französischen Kom-
munisten — gegen ihre bessere politische Einsicht, aber
auf strikten Befehl Moskows — in der Stichwahl ihre
ausichtslosen Kandidaturen aufrechterhielten und dadurch in
mindestens fünfzig Fällen die Wahl von national-
sozialistischen Reaktionskandidaten gegen sozialistische Kandidaten oder
solche des Linksbündnisses ermöglichten. Ohne diese idiotische
Taktik wäre in der jetzigen Kammer eine noch klarere demo-
kratische Linksmehrheit vorhanden, als in der vorigen. Daß
die Wucht der reaktionären Politik neuerdings gerade die
französischen Kommunisten trifft, ist für diese nur eine ge-
rechte Strafe. Es sei nur noch erwähnt, daß der Mann, der
als Generalsekretär der K.P.F. damals den Moskauer Befehl
strikte ausführte, Pierre Semard, neuerdings bei seinen eigen-
en Parteifreunden im dringenden, öffentlich ausgesprochenen
Verdacht steht — ein Polizeispitzel Lardieu's zu sein!

Innerhalb von acht Tagen sind nun zwei Regierungen
gestürzt worden: eine Rechtsregierung Lardieu durch eine
Linksmehrheit und eine Linksinformation Chautemps durch
eine Rechtsmehrheit. Daß die Majorität, die am Montag
vor acht Tagen Lardieu stürzte, um einige Stimmen knapper
war als jene, über die gestern Chautemps gestolpert ist, tut
wenig zur Sache: denn in beiden Fällen gehörten ihr die zehn
Kommunisten an; und wenn die in den letzten Tagen hervor-
getretene erbitterte Scheidung der Geister zwischen Rechts-
und Linksbund von Dauer wäre, dann könnte überhaupt
keine Regierung gebildet werden, da das kommu-
nistische Häuflein als Jünglein an der Waage abwechselnd
den Sturz der einen und der anderen Regierung besorgen
würde.

Indessen sind es weniger die Kommunisten, die die Ent-
scheidung in Händen haben, als die Mittelgruppe der Radik-

kalen Linken. Diese stellt aber noch weniger eine politi-
sche Partei im eigentlichen Sinne des Wortes dar, als die
übrigen Gruppierungen in Frankreich. Sie ist vielmehr nur
ein Wahl- und Parlamentsgebilde.

Diese Fraktion zählt 51 Abgeordnete. Man nannte sie
bisher oft „Gruppe Loucheur“. Aber verdient sie noch
diesen Namen? Freilich, als Loucheur dem Kabinett Lardieu
angehörte, unterstützte sie in ihrer großen Mehrheit die Rechts-
regierung, während allerdings ein Drittel ihrer Mitglieder
am 17. Februar mit der Linken stimmte und Lardieu's Schick-
sal besiegelte. Jetzt, nachdem nicht nur Loucheur, sowie der
bisherige Luftfahrtminister Laurent-Eynou, sondern auch
der eigentliche Fraktionsvorsitzende Daniellou in die Regie-
rung Chautemps eintraten, haben wiederum die meisten „radik-
kalen Linken“ mit der Rechten gestimmt und den Sturz des
neuen Linkskabinetts besorgt. So lange dieser Gegenatz in
dieser Mittelgruppe (die übrigens bereits in dem Parlament
von 1924 das Jünglein an der Waage bildete), fortbesteht,
ist keine stabile Regierung möglich.

Frankreich befindet sich also in einer Sackgasse, und diese
Lage ist schon deshalb bedenklich, weil solche häufigen Re-
gierungsstürze auf die Dauer den Glauben an das parla-
mentarische Regime zu erschüttern geeignet sind. Selbst
in einem Lande mit so alten und gefestigten demo-
kratischen Institutionen und Traditionen wie Frankreich, ist es
bedenklich, das parlamentarische System auf eine allzu harte
Probe zu stellen; zumal in einem Zeitalter verstärkter Pro-
paganda für die Methoden der Diktatur.

Deshalb ist ein baldiger Ausweg aus dieser Sackgasse
wünschenswert. Der nächstliegende Gedanke, der sich in Eng-
land, in Deutschland und in den meisten anderen Ländern
bei einer gleichen Situation aufdrängen würde, wäre die
Parlamentarisaufhebung und die Ausschreibung von
Neuwahlen. Aber gerade in Frankreich wird dieser Weg
grundtätig nicht beschritten, obwohl ihn die Verfassung vor-
sieht. Seit 1876 ist kein Parlament vor Ablauf seiner nor-
malen vierjährigen Periode heimgeschickt worden. Und, ob-
wohl nicht nur der sozialistische „Populaire“, sondern

Noch keine Lösung.

Gerüchte und Tatsachen.

Die Verzögerung der Beratung der Young-Befehle und die Un-
gewißheit, die dadurch für die weiteren Verhandlungen des Reichs-
tages entstanden ist, hat einen günstigen Nährboden für
politische Gerüchte geschaffen. Aus dieser Ursache erklärt sich
auch der verstärkte Ansturm, der jetzt von der Rechtspresse auf die
Rechtsregierung, insbesondere den Reichsfinanzminister Dr. Wol-
denhauer und auf die Regierungsparteien unternommen wird.
Ohne selbst ein Ziel zu haben, möchte man doch die vorhandenen
Schwierigkeiten vergrößern und vor allen Dingen eine
Verständigung über die innerpolitischen Finanzfragen verhindern.

Besonders deutlich kommt diese Absicht in der „Deutschen
Allgemeinen Zeitung“ zum Ausdruck. Sie behauptet, daß
zur Deckung des Fehlbetrages der Arbeitslosenversicherung eine
Anleihe bei dem englischen Bankhaus Schröder beabsichtigt
gewesen sei, obwohl dem Reich durch den Young-Plan bis zum
1. April 1931 die Aufnahme einer ausländischen Anleihe verboten
ist. Ebenso unrichtig wie diese Behauptung ist die Mitteilung, daß
zwischen Zentrum und Sozialdemokraten Abreden getroffen seien
mit dem Ziele, die Deutsche Volkspartei aus der Regierung heraus-
zudrängen und eine „Gewerkschaftsregierung“ zu er-
richten. Wenn das schwerindustrielle Blatt ungeheuer erboht ist, daß
die Sozialdemokratie zum Ausgleich des Etats, zur Bormahme der
Schuldentilgung und zur Deckung des Fehlbetrages der Arbeitslosen-
versicherung auch die Heranziehung der leistungsfähigen Schichten
durch ein „Notopfer“ verlangt, so ist das bei seiner bisherigen
Stellung nicht erstaunlich. Wie wenig sachliche Gründe dabei eine
Rolle spielen, zeigt die Bemerkung, daß das Notopfer eine „Wirt-
schaftssteuer“, eine „Notzuschlagsteuer“ sei.

Ebenso unberechtigt aber sind die Redungen einiger
Linksblätter, die innerpolitischen Verhandlungen machten
langsame, aber doch unmerkliche Fortschritte und man sei auf
dem Wege zur Einigung.

**Da in den letzten Tagen weder Verhandlungen
zwischen den Regierungsparteien, noch innerhalb der
Regierung über die Finanzfragen stattgefunden
haben, so liegt diesen Meldungen bisher kein tatsäch-
licher Anlaß zugrunde.**

Der Reichsfinanzminister Dr. Woldenhauer ist erst am Dien-
stag von einer Reise zurückgekehrt, so daß man annehmen kann, daß
er sich frühestens im Laufe dieses Tages endgültig darüber schlüssig
gemacht haben wird, welche Vorschläge er zur Deckung des Fehl-
betrages im Haushalt 1930 dem Reichskabinett unterbreiten wird.

Eine Sitzung des Reichskabinetts ist für Donnerstag in Aus-
sicht genommen.

Im Mittelpunkt der Finanzplanung müssen Vorschläge über die
Arbeitslosenversicherung stehen. Die ursprüngliche

Absicht Dr. Woldenhauers, die Fehlbeträge für die Arbeitslosen-
versicherung ganz oder zum größten Teil durch den Verkauf von
Vorzugsaktien der Reichsbahn an die Sozialversicherung
aufzubringen, ist auf erhebliche politische und sachliche
Schwierigkeiten gestoßen. Es ist bereits jetzt sicher, daß nur
der kleinere Teil von 250 Millionen von der Sozialversicherung
übernommen werden kann, wenn die angebotene Einigung
gelingt. Die Aufbringung des Restes durch die Selbstfinanzierung
der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung ist ungangbar, so daß
immer wieder der Gedanke des Notopfers als Ausweg erwohnt
wird.

**Daß die Sozialdemokratie eine Verständigung
zwischen den Regierungsparteien ohne ein solches
Notopfer nicht für möglich hält, ist von uns oft dar-
gelegt worden. Aber auch im Zentrum stehen große
Teile auf dem Standpunkt, daß die Lasten, die jetzt
zur Abdeckung der schwebenden Schulden aufgebracht
werden müssen, auf alle Schichten der Bevölkerung zu
verteilen sind.**

Reichsfinanzminister Dr. Woldenhauer hat sich bei früheren
Gelegenheiten entschieden gegen derartige Absichten gewehrt. Er
dachte lediglich an die Erhöhung von Verbrauchssteuern. Er sollte
sich aber darüber klar sein, daß eine einseitige Aufbrin-
gung neuer Lasten nicht nur politisch, sondern
auch wirtschaftlich und sozial gefährlich ist. Will er
eine wirkliche Gesundung der öffentlichen Finanzen und der Wirt-
schaft und will er eine politische Verständigung, so
wird er seine dem Kabinett zu unterbreitenden Vorschläge auf diese
Ziele abstellen müssen.

Das Polenabkommen.

Die Vereinigten Reichstagsausschüsse zur Beratung des Young-
Plans führten am Dienstag die vertrauliche Beratung über das
Polenabkommen zu Ende. Die Abstimmung über dieses Ab-
kommen soll erst am Schluß der gesamten Beratungen
zugleich mit den übrigen Liquidationsabkommen und dem Rahmen-
gesetz für das Young-Abkommen stattfinden. Man glaubt nicht, daß
dies vor dem Ende der Woche der Fall sein wird.

Volkspartei gegen Notopfer.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei
besprach in ihrer Fraktionsitzung am Dienstagabend die Finanz-
fragen. Die Fraktion besteht auf einer inneren Sanierung
der Arbeitslosenversicherung und auf einer Sicherung
der Steuerentlastungen für 1931. Die Reichstagsfraktion der
Deutschen Volkspartei steht nach wie vor dem Plan eines Notopfers
ablehnend gegenüber.

Terror.

Lodesstrafe für nicht genügende Energie.

Die neue Terrorwelle in Sowjetrußland nimmt die grausamsten Formen an. Eine Meldung der „Wostokischen Zeitung“ vom 25. Februar aus Moskau besagt:

„Das Gericht in Odessa beendete heute einen großen Prozeß gegen eine Anzahl amülicher landwirtschaftlicher Instrukteure, sogenannte Agronomen, die beschuldigt werden, den Aufbau der Kollektivwirtschaften in ihrem Gebiet gehemmt und die Fortexistenz der großbäuerlichen Kulakbetriebe gefördert zu haben. Der Prozeß war dadurch entstanden, daß eine ins gleiche Gebiet entsandte kommunistische Agronomin aus Verzweiflung über die Schwierigkeiten, auf die sie gestoßen war, Selbstmord verübt hatte.“

Das Gericht verurteilte drei der angeklagten Agronomen zum Tode mit ausdrücklicher Begründung, daß ein abschreckendes Beispiel für Beamte gegeben werden müsse, die unter der Maske politischer Neutralität ohne genügende Energie an der Umstellung der Landwirtschaft auf sozialistische Formen arbeiten.“

Das Regime sichert sich auf alle Fälle. Es erschießt zur Vorbeugung einige Spezialisten, weil sie „nicht genügend Energie“ gezeigt haben. Scheitert der wahnwitzige Plan, so wälzt das Regime die Schuld auf die Spezialisten ab, die nicht genügend Energie gezeigt haben. Sie müssen für die organischen Fehler des Planes mit dem Leben büßen — Sündenböcke des Stalinskurses.

Es ist die Methode von Schacht — das Regime hat den Schachtprozeß in Permanenz erklärt.

Vom roten Militarismus.

In der Monatschrift „Das proletarische Kind“ findet sich ein Lied vom roten Flieger für die kommunistische Jugend. Darin heißt es:

Wenn auf Barrikaden rote Fahnen wehen
Wir die Waffen leben in der Stadt Berlin
Stürzen aus dem Wolkenstor
Donnernde Geschwader vor.

Kommunistenputz mit Barrikadenkampf, Unterstützung der Luftkämpfer durch Fliegergeschwader der russischen Roten Armee, russische Fliegerangriffe auf Berlin. So soll sich die kommunistische Jugend die Rolle der kommunistischen Partei vorstellen! Das ist ein echtes Stück sowjetrußischer Kriegspropaganda bei deutschen Kindern!

Handelsmission und Spionagezentrale. Die Berliner Sowjet-Handelsvertretung besoldet russische Großspione.

Bukarest, 25. Februar. (Eigenbericht.)

In der Spionageaffäre ist neuerdings festgestellt worden, daß der in Haft sitzende Direktor der rumänischen politischen Polizei, Tibacu, Rußland auch den rumänischen Mobilisierungsplan geliefert hat. Den Kauf dieses Planes vollzog die Berliner Handelsvertretung der Sowjetunion. Sie zahlte dafür 50 000 Mark.

Tibacu erhielt den umfangreichen Mobilisierungsplan vor ungefähr einem halben Jahr zur Begutachtung anlässlich der Konzentration größerer russischer Truppenkontingente an der Donau-Grenze. Er galt im Großen Generalstab als besonders vertrauenswürdig und zur Begutachtung besonders berufen, weil er ausessarabien stammt, die besarabischen Verhältnisse kennt und neben mehreren Präzedenzfällen längere Zeit auch die Leitung der dortigen Sicherheitspolizei in Kischinew innehatte. Als Tibacu in den Besitz des Materials gelangt war, fragte er

bei der Handelsvertretung der Sowjetunion in Berlin

telegraphisch an, ob Rußland Interesse für den Kaufplan habe und zu welchem Preis die russische Regierung das Dokument zu kaufen geneigt sei. Das in Geheimchrift gehaltene Originaltelegramm konnte die Bukarester Kriminalpolizei bei der Zentralpost in Bukarest bereits beschlagnahmen. Tibacu selbst figurierte in diesem Telegramm, das auf Staatskosten besoldert wurde, als „Agent Odesa 36“.

Die Berliner Handelsvertretung der Sowjetunion entfiel in Erwiderung auf das Angebot sofort einen Sonderkurier, der vier Tage nach dem Abgang des Telegramms aus Bukarest dort eintraf und sich sofort zu Tibacu begab. Dieser verlangte für den Kaufplan zunächst 25 000 Dollar. Man einigte sich jedoch auf die Hälfte. Der Betrag wurde vor der Auslieferung des Mobilisierungsplanes bei einer Schweizer Bank eingezahlt. Eine Aussage darüber, was mit dem Geld geschehen ist, hat Tibacu bisher verweigert. Im übrigen ist er geständig.

Die Bukarester Polizei hat auch sämtliche Telegramme Tibacus gefunden, in denen die

Sowjetbehörden von der bevorstehenden Entsendung rumänischer Spione nach Rußland benachrichtigt

wurden. Diese Telegramme enthielten nicht nur eine genaue Beschreibung der Spione, sondern gleichzeitig auch Zeit und Ort des Grenzübertritts. Die Zahl der auf diese Weise von den Russen ergriffenen rumänischen Spione beziffert sich nach den neuesten Feststellungen auf 50.

Stahlhelmbesuch bei Hindenburg.

Sie beschwerten sich über Ueberfälle.

Das Bundesamt des Stahlhelms teilt mit: Der Herr Reichspräsident empfing die Bundesführer des Stahlhelms, die ihm über die in letzter Zeit sich häufenden Ueberfälle der Unten auf Stahlhelmtameraden Vortrag hielten.

Der Ausdruck „sich häufende Ueberfälle der Unten“ soll den Eindruck erwecken, als ob es sich um Ueberfälle durch Reichsbannerangehörige und Sozialdemokraten handelte. Es ist bekannt, daß gerade Reichsbannerangehörige und Sozialdemokraten beliebte Objekte des politischen Bombentums sind, es ist bekannt, daß der Stahlhelm die Grenzen gegen das politische Bombentum nicht festgezogen hat. Muß man daran erinnern, daß es in einer Front mit den Hakenkreuzhüben steht?

Wir erlauben uns ferner die Frage: haben die Bundesführer des Stahlhelms bei dieser Gelegenheit auch darüber Bericht erstattet, daß eine Stahlhelmbestellung dem Rathenauer der Techow eine Ovation bereitet hat?

„Soll und Haben.“

Die letzten Inhaber der durch Gustav Freytags Roman berühmt geworbenen Firma Moumari wurden wegen Konturschuldens zu erheblichen Gefängnisstrafen verurteilt.



„Haben“

„Soll“

Mieterschutz / Bergmannsfiedlung

Sozialdemokratischer Erfolg im Reichstag.

Der Reichstag erledigte am Dienstag die Handwerternovelle in erster und zweiter Beratung ohne Debatte und legte dann die Beratung über die Verlängerung des Mieterschutzes fort.

Reichsjustizminister v. Guérard:

Ich habe den Abg. Dr. Jörissen gebeten, mir die Einsicht in das unkorrigierte Stenogramm seiner gestrigen Rede zu gewähren. Er hat mir die Einsichtnahme verweigert (hört, hört!) mit der Begründung, daß er sich nicht auf alles, was er gesagt haben möge, festlegen lasse. (Beif. hört, hört!)

Die unqualifizierbaren Vorwürfe des Abg. Dr. Jörissen muß ich auf das entschiedenste zurückweisen.

Seine Ausführungen, die nur ein Auszug aus seiner Schrift über die Wohnungszwangswirtschaft waren, standen im schroffen Gegensatz zu den ruhigen und sachlichen Darlegungen des deutschen Nationalen Abg. Dr. Steiniger. Dieser Vergleich zeigt, daß es sich bei den Ausführungen von Dr. Jörissen um nichts anderes handelt, als um bewußte Demagogie. (Beif. Zustimmung v. d. Regierungsparteien.) Die Zwangswirtschaft muß auch nach meiner Ansicht beseitigt werden, sobald die Voraussetzungen für die Wiedereinführung der freien Wirtschaft gegeben sind. Jetzt liegen diese Voraussetzungen aber noch nicht vor. Es handelt sich um eine Notmaßnahme für eine Notzeit. Eine Aufhebung des Kündigungsschutzes würde zu einer erheblichen Verteuerung der Mieten führen, zu einer allgemeinen Senkung der Lebenshaltung der breiten Massen und damit zu wirtschaftlichen und politischen Erschütterungen, die unser Volk jetzt nicht ertragen könnte. Was zur Lockerung ohne Gefahr für die Allgemeinheit geschehen kann, das ist den Ländern überlassen. Die Aufhebung, das ist nur der Beseitigung der Zwangswirtschaft bedürftig, um den Wohnungsmarkt zu beleben und ausreichende Wohnungen zu schaffen, kann ich nicht teilen. Ich hoffe, daß es dem Ausschuss gelingen wird, aus den vorliegenden Anträgen brauchbare Vorschläge herauszuarbeiten.

Abg. Trenmel (Z.) trat im Gegensatz zu den Sozialdemokraten für Ausdehnung ein. Der von Wirtschaftspartei und Kommunisten beantragten Aufhebung der Hauszinssteuer können wir nicht zustimmen. Ohne die Erträge aus dieser Steuer würden weniger Wohnungen gebaut werden können.

Abg. Hüll (Dem.): Die von Dr. Jörissen eingereichte Denkschrift zitiert nicht nur Belling und Goethe, sondern auch Papst Leo XIII. und Dante. Dabei überfließt Dr. Jörissen, daß in Italien heute noch die Wohnungszwangswirtschaft besteht. Selbst die nicht durch den Krieg geschädigten Länder Schweden und Holland konnten nicht ohne Wohnungszwangswirtschaft auskommen.

In der Vorkriegszeit hat der Hausbesitzer 60 bis 65 Proz. der Mieteinnahmen für Verzinsung des Kapitals und für Grundsteuer aufwenden müssen. Die Hypotheken sind in der Inflation verschwunden, und der Zentralverband der Haus- und Grundbesitzer beklagt die Regierung, sie möge die Hypotheken ja nicht mehr als 15 Proz. auswerten.

(hört, hört! — Widerspruch des Abg. Dr. Jörissen.) Die Hauszinssteuer belastet die Hausbesitzer bei weitem nicht so stark wie vorher die Hypothekenzinsen. Die Zinsen mußten bezahlt werden, auch wenn die Wohnungen nicht vermietet waren. Nach dem Antrag der Wirtschaftspartei würde sich die Mieteinnahme der Hausbesitzer auf 170 bis 180 Proz. erhöhen. Der Hausbesitzer bekommt demnach die volle Friedensmiete ohne Abzug der Hypothekenzinsen und erhält dazu vom Mieter die Hauszinssteuer und alle übrigen Kosten zurück! Mit der Forderung des Mieterschutzes ist Breußen zu weit gegangen. Wir stimmen für Ausschuhüberweisung.

Abg. Behrens (Chr.-Nat.) warnt vor einer übereiligen Aufhebung des Mieterschutzgesetzes. Schon die Aufhebung des Schutzes der gewerblichen Räume hat großen Schaden und Nachteile herbeigeführt.

Abg. Trochmann (Bayern. Volk.) zitiert die Aeußerung im „Vorwärts“, daß die Banken mit Wohnungsbauforderungen zurückhalten, weil dem Wohnungsbau nach der Aeußerung der Zwangswirtschaft anhafte. Das ist, sagt der Redner, eine bedenkliche Aeußerung; will man den Wohnungsbau fördern, so muß man die ihm entgegenstehenden Hindernisse beseitigen. Wir stimmen für die Ausschuhberatung.

Abg. Wagner (Nat.-Soz.): Jede Zwangsregelung hat Mißstände zur Folge, aber man darf nicht die Mieter (sachverständiger Ausbeutung ausliefern. Kinderreiche kriegen überhaupt keine Wohnung (Widerspruch der Wp.); ich spreche aus eigener Erfahrung.

In unserer Partei sind vielleicht mehr Hausbesitzer, als bei der Wirtschaftspartei. (heiterer Zustimmung der Komm.) Wir umfassen eben die ganze Nation. Sie aber verzeihen nur eine Klasse. Der Redner schlägt vor, aus der Hauszinssteuer Kleinwohnungen für Leute mit höchstens 200 M. Monatsinkommen und mit einer Höchstmiete von 10 bis 12 M. pro Zimmer zu bauen. Damit schließt die Beratung. Die Vorlagen und Anträge werden

dem Wohnungsausschuss überwiesen. In der zweiten Beratung des Gesetzeswurfs über

Bergmannsfiedlungen

Abg. Jabsch (Komm.) sprach von viel zu hohen Mieten, die zur Aufbringung hoher Direktorengehälter und Verwaltungslosten erhoben werden. Die Belegschaft des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaus ist infolge Rationalisierung seit 1921/22 von 153 000 auf 80 000 gesunken. Die abgebauten Arbeiter haben kein Recht, die Bergmannswohnungen weiter zu behalten, unser dahingehender Antrag ist im Ausschuss abgelehnt worden. Die Treuhandgesellschaften verschlucken einen großen Teil der Fiedlungsgeelder und streben dahin, den Besitzern die Häuschen wieder abzunehmen.

Abg. Janschel (Soz.):

Die Bergmannsfiedlung ist nicht aus besonderem Wohlwollen für die Bergarbeiter geschaffen worden, sondern der Not gehorchend. Der mächtig gesteigerte Rohbedarf konnte nur befriedigt werden, wenn eine starke Vermehrung der Belegschaft eintrat. Die Voraussetzung dafür aber war die Schaffung von Wohnungen. Es wurde deshalb ein Zuschlag von 6 M. für jede Tonne Steinkohle oder Breitens, von 9 M. für Roß eingeführt. Allerdings waren das nicht schon heutige Reichsmark, und im März 1924 ist diese Kohlenabgabe weggefallen. Ohne das Kohlenwirtschaftsgesetz wäre die Preisbewegung der Kohle eine ganz andere gewesen. Die Unternehmer erklären nun, daß sie das Geld für die Bergmannsfiedlung hergegeben hätten, weil durch die Abgabe ihre Einnahme vermindert wurde. Die Arbeiter wieder erklären, daß wegen der Kohlenabgabe sie ihre Lohnforderungen nicht durchsetzen konnten, die Kosten der Bergmannsfiedlung von der Arbeiterkassette aufgebracht worden wären. Beiden Anschauungen wird dadurch einigermassen Rechnung getragen, daß das Wohnrecht in den Bergmannsfiedlungen von dem Verbleiben in bergbaulicher Tätigkeit abhängig gemacht wird. Die Bergmannsfiedlungen haben nicht den Charakter von Bergmannswohnungen, allerdings verliert man, besonders in Mitteldeutschland, bei Wechsel der Arbeitsstätte dem Arbeiter die Wohnung zu nehmen.

In einigen Teilen des mitteldeutschen Bezirks hat man die Bergmannsfiedlungen als Werkzeigentum eingestuft, dadurch die Arbeiter benachteiligt und als besondere Klasse der anderen Bevölkerung gegenübergestellt.

Der Gesetzesentwurf versucht, diese Schädigungen zu beseitigen; leider ist es uns im Ausschuss nicht vollständig gelungen, das zu erreichen. Immerhin ist manche Sicherung durch unseren Hinweis auf Mißstände durchgesetzt worden. — Der Redner berichtet eingehend über die Ausschuhverhandlungen und begründet einige Verbesserungsvorschläge der sozialdemokratischen Fraktion. Er fährt fort: Gegen die Voraussetzung der fünfjährigen Beschäftigung im Bergbau als Bedingung der Ansiedlung haben auch die Kommunisten nichts eingewandt. Selbstverständlich darf das gesetzlich verbürgte Streikrecht nicht durch Fiedlungsvorschriften beeinträchtigt werden, ebenso wenig die Freizügigkeit im Bergbau. In Ausschuss hat niemand diesen Forderungen widersprochen.

Die Anträge der Kommunisten im Ausschuss lagen oft durchaus nicht im Interesse der Arbeiter.

so z. B. der Antrag, daß die Häuser bei 25 Proz. Anzahlung abgegeben werden sollen, während sie heute bei 10 Proz. erworben werden können. Wir bitten um Annahme unserer Anträge, besonders der Sicherung gegen Wohnungsverlust bei Stellenwechsel. Damit schließt die Beratung.

Die Vorlage wird mit den oben erwähnten sozialdemokratischen Verbesserungsvorschlägen gegen Wohnungsverlust bei Stellenwechsel angenommen

und dann in der dritten Beratung gegen die Stimmen der Kommunisten verabschiedet.

Für die nächste Sitzung am Mittwochnachmittag 3 Uhr schlägt Abgeordneter Ester als Tagesordnung vor: Veränderung der Haushaltsordnung, Bericht des Rechnungsausschusses, Republikstuhgesetz (Doh-Rufe außerst links und rechts), Auslieferung.

Abg. Schulz-Braunberg (Dial.) schlägt vor, statt des Republikstuhgesetzes das Beamtenpensionsgesetz zu beraten, das seit Jahren gesondert wurde.

Abg. Sühr (Nat.-Soz.) spricht von einem Korruptionsgesetz, mit dessen Beratung die sogenannte Koalition die Zeit verpompert wollen, weil sie sich nicht einigen könne (Lüge des Vizepräsidenten. — Zuruf links: Unpersönlicher Wimmel.)

Abg. Dittmann (Soz.): Die ersten beiden Punkte werden die morgige Sitzung vollkommen ausfüllen, zum Republikstuhgesetz werden wir gar nicht kommen.

Der Vorschlag des Vizepräsidenten zu Punkt 3 wird nicht aufrecht erhalten, im übrigen bleibt es bei der vorgeschlagenen Tagesordnung. Schluß gegen 16 Uhr.

Baracken verschwinden, Kleinwohnungen entstehen.

Immer näher rückt der Räumungstermin für die zum Abbruch bestimmten Baracken am Bahnhof Papestraße. Nicht weniger als 68 Familien reichsdeutscher Staatszugehörigkeit wohnen derzeit noch in diesen schwärzlichen, schon recht vermahlrosten Wohnbaracken. Die noch bis vor einigen Wochen hier wohnhaften Russenfamilien wurden bekanntlich zwangsweise ausgemietet und zogen in die von der Stadt Berlin zugewiesenen Quartiere in der Judenstraße. In den Monaten März oder April werden die Baracken, letzte Zeugen der schlimmen Nachkriegswohnungsnot, endgültig abgerissen und die jetzt darin hausenden Familien in Ersatzwohnungen (Alt- und Neubauwohnungen) untergebracht. Schon umschließen die neuen im Rohbau fertiggestellten Wohnblocks der Tempelhofer-Feld-Heimstätten-Gesellschaft die dem Untergang geweihten Baracken. 400 Wohnungen, in der Hauptsache zu 1½ und 2 Zimmern, werden im Laufe dieses Jahres bezugsfertig. Damit verschwindet auch immer mehr die freie Fläche, die zwischen dem Hauptversor-



gungssamt und der Siedlung Neu-Tempelhof bestand. Es ist zu hoffen, daß durch ausreichende Park- und Grünflächen der Siedlungscharakter dieses neuen Wohnviertels erhalten bleibt.

Auftakt zur Bauausstellung.

Durchführung vom 9. Mai bis zum 9. August 1931.

Nach ausführlichen Diskussionen in der Presse sowohl wie in den städtischen Körperschaften hatte man vor einiger Zeit den Beschluß gefaßt, die Bauausstellung 1931, allerdings in einem fast veränderten Maße als zuerst vorgesehen, doch durchzuführen. Die große deutsche Bauausstellung wird nunmehr vom 9. Mai bis 9. August 1931 abgehalten werden. Gestern wählten Vertreter der Presse einen Empfang im Sitzungssaal des ehemaligen Hertenhauses bei, um die ersten näheren Angaben über das Programm der Ausstellung zu erfahren.

Im Auftrage des Ausstellungs-, Messe- und Fremdenverkehrsamts der Stadt Berlin begrüßte Bauirat Dr. Ing. Kiepert in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Verwaltungsrats der Deutschen Bauausstellung die Gäste. Man sei entschlossen darin gegangenen, so führte er aus, den ursprünglichen Plan auf das Maß einzuschränken und einzustellen, das der bedrängten Lage der Gegenwart Rechnung trägt und doch die Erfordernisse erfüllt, die bei einer in erster Linie wirtschaftlichen Zielsetzung daran zu knüpfen sind. Die Deutsche Bauausstellung werde in einer eindrucksvollen Schau einen Durchschnitt über das auf vielerlei Gebieten des Bauwesens bisher Erreichten vermitteln und versuchen, bei der kommenden Entwicklung im Bau- und Wohnungswesen wegweisend zu wirken. Nach der Rede des Vorsitzenden nahmen die einzelnen Sachbearbeiter ausführlich zu dem Programm und der Zielsetzung der Ausstellung Stellung. Es sprachen Architekt Prof. Dr. Wilhelm Kreis, Dresden, Verbandsdirektor Dr. Schmidt-Essen, Prof. Dr. Otto Bartning, Prof. Dr. Ing. Siedler, Prof. Dr. Garboj

und für die Sonderausstellung „Landwirtschaftliches Bauwesen“ Architekt Bruno Ahrens.

Das Programm der Ausstellung gliedert sich in der Hauptsache in folgende Abteilungen: 1. Internationale Ausstellung für Städtebau und Wohnungswesen, 2. das Bauwerk unserer Zeit, 3. Die Wohnung unserer Zeit, 4. Das neue Bauen mit den Untergruppen: Baustoffe und Bauweisen, Baubetriebsführung und Musterwerkstätten des Bauhandwerks. Die letzte Abteilung bildet die Sonderausstellung für landwirtschaftliches Bauwesen. Die Ausstellungsanlage umfaßt acht bereits fertiggestellte Hallen mit etwa 55 000 Quadratmetern überbautem Hallenraum und ein Freigelände von über 200 000 Quadratmetern, das eventuell noch erweitert werden kann.

Das Urteil im Prozeß Jacob.

In der Beweisnahme des Prozesses gegen den rumänischen Kaufmann Leon Jacob vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte bekundete der Treuhänder der Gläubiger, daß der Rechtsanwalt und Notar Dr. Braß in der Gläubigerversammlung erklärt hätte, er müsse seine Wechselunterschriften geradezu unter Hypothek gegeben haben. Nachdem übrigens über das Vermögen von Dr. Braß wegen seiner Wechselverbindlichkeiten der Konkurs eröffnet worden war, ist er nach den Bestimmungen der Anwaltsordnung aus der Liste der Anwälte gestrichen worden. Nach Schluß der Beweisnahme beantragte der Staatsanwalt gegen Leon Jacob eine Gefängnisstrafe von 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus. R.-A. Dr. Binder verwies darauf, daß der hauptsächlichste der früheren Prokurist Lehner sei und beantragte eine mildere, durch die Untersuchungshaft verbüßte Strafe. Das Schöffengericht verurteilte Jacob zu 7 Monaten Gefängnis, die durch die Untersuchungshaft als verbüßt erklärt wurden. Der Haftbefehl wurde aufgehoben.

Neues Angebot an Berlin.

Verkauf von Aktien an die Gesfürel?

Die früheren Gemeinden Schöneberg, Wilmersdorf und Schmargendorf haben mit dem Elektrizitätswerk Südwest bis zum Jahre 1930 Monopolverträge über die Versorgung ihrer damaligen Gemeindebezirke mit Elektrizität abgeschlossen und im Verlauf der Verhandlungen Aktien dieses Werkes erworben. Die Stadt Berlin als Rechtsnachfolgerin der Einzelgemeinden besitzt heute etwa 46 Proz. der Aktien, während die übrigen 54 Proz. Eigentum der Gesellschaft für elektrische Unternehmungen (Gesfürel) sind.

Die Gesfürel tritt nun an die Stadt mit dem Antrag heran, das gesamte Aktienpaket der Stadt käuflich zu erwerben und bietet dafür der Stadt einen Kurs von 135 Proz. Außerdem erklärte sich die Gesfürel bereit, die Kammereisabgabe, die sie alljährlich zu leisten hat, bis zum Jahre 1944 schon jetzt zum erheblichen Teile zu kapitalisieren, und zwar dergestalt, daß die Stadt für die Jahre 1930 bis 1935 überhaupt keine Abgaben mehr erhält, für das Jahr 1936 die Abgabe auf ein Zehntel des Betrages mindert und daß dann alljährlich eine Steigerung der Abgabe um ein Zehntel eintritt, bis sie im Jahre 1944 wieder den vollen Betrag erreicht. Die Gesfürel verlangt aber dafür eine Verlängerung der Konzession für ihre bisherigen Gebiete bis zum Jahre 1960. Als Entgelt für den Gesamtvertrag bietet Gesfürel neben dem eigentlichen Kaufpreis von 25 Millionen Reichsmark eine einmalige Abgabe von 32 Millionen Reichsmark. Es sei ausdrücklich betont, daß die Lieferungsbedingungen durch den neuen Vertrag in keiner Weise geändert werden, daß also Südwest nach wie vor verpflichtet ist, gemäß dem Stromabnahmevertrage die Bewag als Lieferanten zu benutzen und den Strom für den in Berlin gültigen Preis abzugeben. Die Gesfürel hat bereits früher der Stadt einen Kredit von rund 23 Millionen gewährt, der nach den früheren Bedingungen Ende März fällig sein würde. Es soll nun das gegenwärtige Geschäft zur Abwicklung des Kredites benutzt werden, während der darüber hinausgehende Betrag zur Entlastung des Haushaltes 1930 verwendet werden soll.

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion hat sich eingehend mit dem Vorhaben beschäftigt und sich dahin entschieden, daß nur die Vorauszahlung der Kammereisabgabe in Verbindung mit der Verlängerung bis 1960 angestrebt werden soll. In diesem Falle würde allerdings der größte Teil des Kaufpreises zur Abdeckung des Kredites verwendet werden müssen. Es wird aber vom Standpunkt unserer Partei Wert darauf gelegt, einen möglichst hohen Barbetrag für den Haushalt 1930 zur Verfügung zu haben, damit die sozialen Aufgaben keine Schmälerung erleiden, ohne daß zu einer Erhöhung der die breiten Massen belastenden Steuern geschritten werden muß.

Volkschule muß gespart werden!

Sozialdemokratischer Antrag zu den Sparmaßnahmen.

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion bringt im Ratshaussitz folgenden Antrag ein: „Die Stadtverordnetenversammlung hält Sparmaßnahmen auf dem Gebiete des Schulwesens nur für tragbar, wenn unentbehrliche und gesundheitsliche Schädigungen der Schulkinder vermieden werden. Sie hält daher die nach dem Magistratsbeschlusse geplanten Erhöhungen der Klassenfrequenz in den Volksschulen auf 36 für untragbar.“

Sechs Todesopfer bei einem Fabrikbrand.

Beim Brand einer Hutfabrik in Union in der Grafschaft Bedford kamen sechs Arbeiterinnen in den Flammen um. Die nahezu aus 200 Arbeitern und Arbeiterinnen bestehende Belegschaft konnte sich nur mit größter Mühe retten.

Aluixio Azevedo Ein brasilianisches Mietverhältnis

Seltam, daß er daran noch nie gedacht hatte. Und er lag wach und rang mit dem Problem. Es wurde ihm klar, daß er während all dieser Jahre, die er in enger Verbindung mit der Regierin gelebt hatte, niemals darauf gekommen war, in seinen ehrgeizigen Zukunftsplänen mit ihr zu rechnen. Bis zum Morgengrauen wälzte er das Problem hin und her, ohne jedoch zu einer Lösung zu kommen. Als er dann aufstand und sie wie gewöhnlich Frühe ausschließen und ihnen die Gedärme ausnehmen sah, formulierte er all seine Gedanken im stillen in dem Satz: „Wenn sie doch nur sterben wollte.“

14.

Während der drei Monate nach dem Kampf, in dem er mit dem Rasiermesser auf seinen Gegner losgegangen war, fuhr Firmo fort, sich in dem schmahligen Zimmer der Rua Baptista mit Rita Bahiana zu treffen, aber sie kam nur m verdrießend und benahm sich immer kühler und gleichgültiger.

„Es läuft dir wohl jemand anders nach!“ murmelte der eifersüchtige Mulatte, „aber zu eurer beider Heil hoffe ich, daß ich mich irre.“

Bei ihren Rendezvous kam sie immer zu spät und erzählte regelmäßig, sie sei in furchtbarer Hitze und könne nicht länger bleiben. Auf Firmos Einwände erklärte sie, sie sei mit ihrer Arbeit zurück: Wäsche für eine Familie, die morgen abreise und die sie unbedingt noch am Abend abliefern müsse. Sie hätten schon zweimal danach geschickt.

„Du hast jetzt immer so furchtbar viel zu tun“, beklagte sich der Liebhaber.

„Natürlich, mein Junge. Wenn ich mich hinlege und schlafe, kann ich meine Miete nicht bezahlen.“

„Aber so? nicht etwa, daß ich dir nichts gebe. Wer hat dir das Reich gelohnt, das du heute anhatt?“

„Ich habe ja nie gesagt, daß du mir nichts gibst. Aber das, was du mir gibst, genügt doch nicht, um meine Miete

zu bezahlen und das Feuer im Herd nicht ausgehen zu lassen. Uebrigens verlange ich ja nichts von dir.“

So zankten sie sich bei ihren Stillsitzens. Eines Sonntags wartete und wartete Firmo, aber Rita kam nicht. Die Sonne brannte heiß, und kein Lüftchen wehte in dem überdachten, stickigen Zimmer. Er hatte ein Paket mit gebratenem Fleisch und einer Flasche Wein mitgebracht, damit sie zusammen essen könnten. Stunden vergingen, und Firmo lief in dem engen Raum wie ein Löwe im Käfig auf und ab. In seiner Wut nahm er sich vor, Rita, wenn sie jetzt zur Tür hereinkäme, zu erwürgen. Der Anblick des Pakets mit Essen machte ihn rasend, und unter einem Hagel von Flüchen schmiss er es in den Eimer. Dann setzte er sich aufs Bett, wartete noch eine Weile, schlug die Beine übereinander und löste sie wieder, schlug mit der Faust auf die Kissen und schwor Rache.

Endlich hielt er es nicht mehr aus. Er verließ laut trampelnd das Zimmer und tat den feierlichen Schwur, das Mulattenmädchen werde für diese Art, mit ihm umzugehen, teuer bezahlen müssen. Ein wahnsinniger Wunsch, sich unverzüglich an ihr zu rächen, trieb ihn in die Nähe ihres Hauses, aber er wagte sich nicht hinein. Er beschloß daher, bis zum Abend zu warten und ihr dann eine Botenschaft zu senden. Er lief verzweifelt in der Stadt umher und landete endlich in einer Taverna am Strande, wo er und Porfiro oft zusammen saßen und tranken. Sein Freund war nicht da, aber Firmo warf sich auf einen Stuhl und bestellte ein Glas Paraty. Er zündete sich eine Zigarre an und überlegte. Ein junger Mulatte, der im Koffertopf wohnte, setzte sich an seinen Tisch und teilte ihm ohne jede Vorrede mit, daß Jeronimo heute aus dem Krankenhaus entlassen sei. Firmo stradete sich.

„Jeronimo?“

„Ja, er ist heute morgen wieder nach Hause gekommen.“

„Woher weißt du das?“

„Batata hat es mir erzählt.“

„Das erklärt mir alles. Verdammni!“ murmelte Firmo durch die Zähne und schlug mit der Faust auf den Tisch.

„Erklärt was?“ fragte der andere.

„Ach, nichts, weiter. Ich hab bloß nachgedacht. Trinkt doch was.“

Es wurden zwei Gläser gebracht, und nach einer Pause murmelte Firmo wieder: „Das ist bestimmt der Grund. Darum war sie in letzter Zeit so sonderbar. Und jetzt —

heute —“ Sein Gesicht wurde gelb vor eifersüchtiger Wut. „Aber ich werd's ihr schon beweisen. Ich werd's ihnen beiden beweisen. Neulich hat es noch nicht tief genug gelessen. Aber laß mich ihn nur wiedersehen. Und das wird noch heute der Fall sein.“

Er goß die brennende Flüssigkeit mit einem Schluck hinunter, sprang auf und startete seinen Gefährten einen Augenblick an.

„Kein Wort davon zu diesen verdammten Stodfischen, verstanden? Wenn du dein Mundwerk nicht hältst, bekommst du's mit mir zu tun. Du weißt doch, was das heißt.“

Der junge Mulatte beeilte sich, zu versprechen, daß ihm kein Wort entfahren werde.

Seine Aussagen entsprachen den Tatsachen. Jeronimo war an jenem Morgen aus dem Krankenhaus gekommen. Er war dünn und blaß und lief an einem Bambusstock. Haar und Bart waren während seiner Krankheit lang gewachsen, und er hatte geschworen, sie nicht abzuschneiden zu lassen, ehe er nicht ein Gelübde erfüllt hätte, ein Versprechen, das er seinem Stolz und seiner Selbstachtung gegeben hatte. Seine Frau hatte ihn vom Krankenhaus abgeholt. Sie lief schweigend und deprimiert neben ihm her. Die Nachbarn begrüßten ihn freundlich, aber es war kein stürmischer Empfang. Im Gegenteil, als sie den Invaliden sahen, verharreten sie in gedämoftem Schweigen.

Alle senkten die Stimmen, und Rita Bahianas Augen füllten sich mit unvergessenen Tränen. Piedade führte ihren Mann nach Hause.

„Wißt du ein bißchen Bouillon haben?“ fragte sie. „Sicher mußt du dich doch in der nächsten Zeit noch sehr schonen.“

„O nein, ich darf mich schon bewegen“, beruhigte er sie. „Der Arzt hat mir gesagt, ich soll soviel als möglich laufen, um meine Beine zu üben und wieder Kraft zu gewinnen. Ich war so lange im Bett — ich bin ja erst vor einer Woche aufgestanden.“

Nachdem er ein paar mal im Zimmer auf und ab gelaufen war, blieb er stehen und bemerkte: „Was ich haben möchte, ist eine Tasse Kaffee, aber guten, wie ihn Rita macht. Frag sie mal, ob sie mir nicht welchen machen will.“

Piedade seufzte schwer und ging unwillig nach Kummerneun, um die Bestellung auszurichten, sie war tief beleidigt, daß er den Kaffee der anderen bevorzugte.

(Fortsetzung folgt.)

Eine Abfuhr für die Rechtsparteien.

Freie Schulgemeinde Berlin-Mitte. Donnerstag, 27. Februar, um 19 1/2 Uhr...

14. Kreis Prenzlauer Berg. Die Flugblätter der Freiwirtschaft...

15. Kreis Kreuzberg. Freitag, 28. Februar, 19 1/2 Uhr...

17. Kreis Lichterberg. Freitag, 28. Februar, 19 1/2 Uhr...

17. Kreis Lichterberg. Freitag, 28. Februar, 19 1/2 Uhr...

20. Kreis Reinickendorf. Freitag, 28. Februar, um 19 Uhr...

20. Kreis Reinickendorf. Freitag, 28. Februar, um 19 Uhr...

- Heute, Mittwoch, 26. Februar. 4. WM. 19 1/2 Uhr...

Morgen, Donnerstag, 27. Februar. 7. WM. 19 1/2 Uhr...

- Frauenauffstellungen. 8. Kreis Treptow...

Jungsozialisten. Gruppe Reinickendorf...

Bezirksausschuss für Arbeiterwohlfahrt. 9. Kreis Kreuzberg...

10. Kreis Reinickendorf und 17. Kreis Lichterberg...

13. Kreis Tempelhof, Marienfeld, Marienfelde, Lichterstraße...

17. Kreis Lichterberg. Freitag, 28. Februar, 19 1/2 Uhr...

18. Kreis Kreuzberg. Freitag, 28. Februar, 19 1/2 Uhr...

Der Preussische Landtag lehte am Dienstag die Ausprache...

Abg. Falk (Dem.) erkennt die Tätigkeit des Innenministers...

Abg. Müller-Vernhagen (Dt. Fraktion) erklärt, daß eine Verwaltungsreform...

Staatssekretär Abegg stellt fest, daß die bisherige Debatte keine nennenswerten Angriffe...

In ein bis zwei Wochen werde die Vorlage des Staatsministeriums...

Es sei dann Sache des Landtags, für schnelle Verabschiedung Sorge zu tragen.

Abg. Kube (Nat.-Soz.): Er bedauere, daß der Kapp-Bußsch 1920 nicht gelungen sei...

Abg. Dr. Hamburger (Soz.): Ich fürchte, daß jeder Versuch sächlicher Widerlegung...

Der Staatsgerichtshof hat in letzter Zeit eine ganze Reihe von Urteilen gefällt...

Die Opposition ist mit dem Versuch gescheitert, juristisch zu erreichen...

(Sehr gut links.) Die Reichsreform mit der differenzierenden...

In der Personalpolitik hat sich der deutsch-nationale...

Abg. Kube (Nat.-Soz.): Er bedauere, daß der Kapp-Bußsch...

Abg. Dr. Hamburger (Soz.): Ich fürchte, daß jeder Versuch...

Der Staatsgerichtshof hat in letzter Zeit eine ganze Reihe...

Die Opposition ist mit dem Versuch gescheitert, juristisch zu erreichen...

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.

Geburtstage, Jubiläen usw. 19. WM. Unserer Genossin...

Sterbefälle der Groß-Berliner Partei-Organisation.

Vorträge, Vereine und Versammlungen. Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.

Münchener Hofbräu am Wittenbergplatz.

Frühlingseinzug bei Cords. Zwar läßt sich Belagmantel und...

Funkwinkel advertisement with logo and text about radio broadcasts.

Advertisement for Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold with various notices.

Advertisement for Münchener Hofbräu am Wittenbergplatz.

Mißfarbene Zähne

entstellen das schönste Antlitz. Uebler Mundgeruch wirkt abstoßend...

Theater, Lichtspiele usw.

Mittwoch, 26. 2 Staats-Oper Unter d. Linden... Pique Dame... Florian Geyer

Winter Garten... Das Gerücht... Florian Geyer

Ein, zwei, drei... Die Straße... Komische Oper

Sie haben Stoff? Wir fertigen elegant... Herrenkleider - Anfertigung

Durch einen sanften Tod verschied am 24. Februar... Frau Marie Biedermann, geb. Schürer

Verkäufe... Möbel... Schließfächer... Kaminöfen

SCALA... Con Coléano, 4 Bronetta... Salome

Volksbühne... Das Gerücht... Salome

Der Kaiser v. Amerika... Die Komödie... Victoria

Wäsch-Maschinen-Geräte... Raddatz

Planetarium am Zoo... Karl Weidner... Karl Dossow

Möbel... Schließfächer... Kaminöfen

PLAZA... Nur noch 3 Tage!... Salome

Metropol-Th. Das Land des Lächelns... Die Freundin

Holla di Bulla... Lustspielhaus... Liebe auf den zweiten Blick

Planetarium am Zoo... Karl Weidner... Karl Dossow

93. Abteilung... Karl Weidner... Karl Dossow

Möbel... Schließfächer... Kaminöfen

SARRASANI... Der Zirkus ist stets gut gehalten!

kleines Theat. Der Walzer von heute Nacht!

Philharmonie... Sinfonie-Konzert... Hotel Stadt Lemberg

HAMBURG-AMERIKA LINIE... KANADA... AUSWANDERER

Deutscher Metallarbeiter-Verband... Nachruf... Ewald Richter

Musikinstrumente... Klavier... Gitarre

GROSSE SCHAU P. ELHAU... 3 Musketeiere

heater l. d. Behrenstr. 53-54... Vater sein, dagegen sehr

Operettenhaus... Die Fledermaus

AUSWANDERER... Engros J. F. Rauch A.-G.

Einheitsverband d. Eisenbahner... Paul Wenk

Musikinstrumente... Klavier... Gitarre

CASINO-THEATER... Der wahre Jacob

ROSE Theater... Gasparone

Hotel Stadt Lemberg... Operettenhaus

AUSWANDERER... Engros J. F. Rauch A.-G.

Einheitsverband d. Eisenbahner... Paul Wenk

Musikinstrumente... Klavier... Gitarre

Komische Oper... Hulla di Bulla

ROSE Theater... Gasparone

Hotel Stadt Lemberg... Operettenhaus

AUSWANDERER... Engros J. F. Rauch A.-G.

Einheitsverband d. Eisenbahner... Paul Wenk

Musikinstrumente... Klavier... Gitarre

Reichshallen-Theater... Steffner-Sänger

ROSE Theater... Gasparone

Hotel Stadt Lemberg... Operettenhaus

AUSWANDERER... Engros J. F. Rauch A.-G.

Einheitsverband d. Eisenbahner... Paul Wenk

Musikinstrumente... Klavier... Gitarre

NEUE WELT... Bockbierfest

ROSE Theater... Gasparone

Hotel Stadt Lemberg... Operettenhaus

AUSWANDERER... Engros J. F. Rauch A.-G.

Einheitsverband d. Eisenbahner... Paul Wenk

Musikinstrumente... Klavier... Gitarre

NEUE WELT... Bockbierfest

ROSE Theater... Gasparone

Hotel Stadt Lemberg... Operettenhaus

AUSWANDERER... Engros J. F. Rauch A.-G.

Einheitsverband d. Eisenbahner... Paul Wenk

Musikinstrumente... Klavier... Gitarre